

Das HiBs-Team informiert: Protest gegen die Pflegekammer

Die letzte rot-grüne Landtagsmehrheit hatte in der vergangenen Wahlperiode die Errichtung der Pflegekammer in Niedersachsen beschlossen und auf den Weg gebracht. Ursprünglich als Interessenvertretung für die Pflegeberufe zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung der Berufsgruppen gedacht, macht die Kammer nun jedoch durch die Zwangsmitgliedschaft der pflegerischen Berufe auf sich aufmerksam. Protest gegen die Pflegekammer gibt es mittlerweile genug. So haben am 12. Januar um die 200 Pflegekräfte aus mehreren Krankenhäusern der Region vor dem Haupteingang des Uni-Klinikums in Göttingen gegen die Zwangsmitgliedschaft in der Pflegekammer Niedersachsen demonstriert. Die Kammer sei den PflegerInnen „einfach so übergeben“ worden. Die unmittelbar Betroffenen fühlen sich von der Pflegekammer nicht vertreten, da sie nicht wissen, was diese überhaupt für sie leistet. Es habe niemand mit den PflegerInnen über ihre Wünsche gesprochen. Mit mehr als 43.000 Unterschriften, davon 38.000 alleine aus Niedersachsen, sprechen sie sich gegen den Zwangsbeitrag aus.

Unterstützung für die Forderungen der Pflegekräfte kommen auch von den HiBs-Abgeordneten.



Der Duderstädter CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht betont, dass sich die CDU-Landtagsfraktion schon 2016, in der Diskussion über die von Rot-Grün geplante Einführung der Pflegekammer, gegen eine solche Einrichtung ausgesprochen habe. Auch Ehbrecht persönlich befürwortet das Auftreten der Pflegekammer nicht. Pflege müsse anders funktionieren. Die Pflichtmitgliedschaft werde, so Ehbrecht, Mitte 2020 auf den Prüfstand gestellt. Zudem verspricht der CDU-Politiker, die Kritik der Pflegekräfte in seiner politischen Arbeit weiterhin zu berücksichtigen. „Sollte die geplante Evaluation Mitte 2020 zu dem Schluss kommen, dass eine Pflegekammer in der bis dahin bestehenden Form nicht zielführend ist“, erklärte Ehbrecht, „werden wir unser

Möglichstes tun, dies umgehend zu korrigieren“. Auch seine Hildesheimer Kollegin Laura Rebuschat findet die Kritik am Projekt aus der rot-grünen Legislaturperiode „berechtigt“. „Das Grundproblem ist, dass die Pflegekräfte sich überhaupt nicht von der Kammer repräsentiert sehen“, betont die CDU-Sozialpolitikern. Sie fordert Ergebnisse von der Kammer noch in diesem Jahr sowie eine „erneute, offene Befragung der Pflegekräfte zur Organisation ihres Berufsstandes“. „Wenn bei der Evaluation herauskommt, dass die Kammer nicht das richtige Modell ist, dann gehört sie abgeschafft“, so Rebuschat. Ebenso sagt Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg klipp und klar: „Unsere engagierten Pflegekräfte brauchen eine starke Interessenvertretung, aber Zwangsmitgliedschaften benötigen unsere Pflegekräfte nicht“. Zudem sei die Verpflichtung sämtlicher in der Pflege tätiger MitarbeiterInnen zu Beiträgen an die Pflegekammer „untypisch“ und „unsinnig“. Als Beitragsgrundlage diene ein pauschales Jahreseinkommen von 70.000 Euro. „Völlig überzogen und absolut realitätsfern, wo doch der geringste Teil der Beitragszahler auch nur annähernd in diesen Größenordnungen verdienen kann“, meint der Abgeordnete. Somit bestehe für die große Koalition in Hannover dringender Handlungsbedarf. „Ich bin der Auffassung, dass die Kammerbeiträge für abhängig Beschäftigte schnellstmöglich abgeschafft werden müssen“,

wird Oesterhelweg deutlich. Dementsprechend wird die CDU weiterhin kritisch bleiben und „eine deutliche Korrektur einfordern“, so der Abgeordnete. Im Januar-Plenum wurde sich nun darauf geeinigt, die Ende 2017 als Kompromiss beschlossene Evaluation noch in diesem Jahr vorzubereiten und ein unabhängiges wissenschaftliches Institut mit der Durchführung der Evaluation zu beauftragen. Als Termin wurde Juni 2020 genannt.

Einrichtung einer Enquetekommission

Am 10. Dezember 2018 hat der Niedersächsische Landtag entsprechend der Beschlussempfehlung des Ältestenrates die Einrichtung einer Enquetekommission zum Thema „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen – für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung“ beschlossen.



Der Kommission gehören 27 Mitglieder an: 15 Mitglieder des Landtages und 12 Sachverständige,

die nicht Abgeordnete sind. Unter den sechs Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion befindet sich auch Veronika Koch aus Helmstedt. Laura Rebuschat, ebenfalls „HiBs-Abgeordnete“, ist stellvertretendes Mitglied.

Die Enquetekommission beschäftigt sich mit der Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung, einschließlich der Notfallversorgung in Niedersachsen. Insbesondere in ländlichen Regionen in Niedersachsen, wird es immer schwieriger, frei gewordene Kassenarztsitze neu zu besetzen. Gleichzeitig stehen dort nur unzureichende öffentliche Verkehrsverbindungen zur Verfügung. Dementsprechend haben nicht mobile Patienten keine Möglichkeit, zeitnah die benötigte medizinische Hilfe zu erreichen. Das führt dazu, dass ambulante Notfallpraxen immer stärker zweckentfremdet und durch Hilfesuchende vor Ort in die Regelversorgung eingebunden werden. Dies blockiert bzw. gefährdet die tatsächliche Notfallversorgung. Daher ist es Ziel der Enquetekommission, konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe und bedarfsgerechte medizinische Versorgung der niedersächsischen Bevölkerung auch in Zukunft gesichert werden kann. Bei der Erarbeitung von Lösungsansätzen müssen insbesondere der demografische Wandel, der medizinische Fortschritt und Möglichkeiten der zunehmenden

Digitalisierung einbezogen werden. Um auch zukünftig eine leistungsfähige und bedarfsgerechte Versorgungsstruktur in den unterschiedlichen Regionen Niedersachsens vorweisen zu können, wurden verschiedenste Fragen für die Bereiche (1.) Ambulante medizinische Versorgung, (2.) Stationäre medizinische Versorgung, (3.) Notfallversorgung, (4.) Digitalisierung und (5.) Mobilität entwickelt, die es nun zu klären gilt. Am 21. Januar fand die konstituierende Sitzung statt.

Laura Rebuschat zu Besuch bei der Hildesheimer AIDS-Hilfe



Wussten Sie, dass HIV nicht übertragbar ist, wenn es nicht im Blut nachweisbar ist? Die AIDS-Hilfen machen mit ihrer Aktion n = n (nicht nachweisbar = nicht übertragbar) darauf aufmerksam. Ermöglicht wird dies durch die regelmäßige und langfristige Einnahme von Medikamenten.

Die CDU-Landtagsabgeordnete Laura Rebuschat stattete dem gemeinnützigen Verein Hildesheimer AIDS-Hilfe einen Besuch ab. Dieser versteht sich als Anlaufstelle für Menschen, die sich aus unterschiedlichen Gründen mit dem Thema AIDS beschäftigen müssen oder wollen. Daraus ergeben sich die Aufgabenfelder Prävention, Versorgung, Vernetzung, Bildung und Information. Im Zentrum der Arbeit stehen die Beratung und Betreuung von HIV-Infizierten und an AIDS erkrankten Menschen. Angehörige, Freunde sowie andere nahestehende Personen können von diesem Angebot ebenfalls jederzeit Gebrauch machen. Zudem bemüht sich die AIDS-Hilfe darum, die Zahl der Neuinfektionen mit HIV zu senken. Dabei geht sie insbesondere auf Menschen zu, die aufgrund gesellschaftlicher Ungleichverhältnisse einem besonderen Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Der Verein setzt sich dafür ein, dass AIDS kein Tabuthema mehr ist und darüber gesprochen wird. Dennoch muss auch heute noch viel Mühe in Antidiskriminierung fließen. Dafür sorgt die Hildesheimer AIDS-Hilfe mit ihrer tollen Arbeit.

Finanzminister Hilbers zu Besuch in Holzminden

Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) war zu Besuch in Holzminden. Gemeinsam mit Landtags- und Parteikollege Uwe Schüne-

mann sprach er auf Einladung der Steuergewerkschaft mit dem Personalrat über die Zukunft des Finanzamtes Holzminden. In dem Gespräch wurden Details für die geplante Fusion mit dem Finanzamt Hameln besprochen. Beide Finanzämter sollen fusionieren, wobei der Standort Holzminden mit annähernd gleicher Personalstärke erhalten bleiben soll, bestätigte der Minister im Gespräch mit dem TAH. Die Fachbereiche und Disziplinen werden neu aufgeteilt. Mitarbeiter könnten mitentscheiden, ob sie lieber am Standort oder in ihrem Fachbereich tätig bleiben. Darüber hinaus besuchten die CDU-Politiker gemeinsam mit HAWK-Präsident Dr. Marc Hudy und Dekan Dr. Ulrich Hundertmark das gesperrte Gebäude der HAWK im Hafendamm sowie mögliche Neubaulandorte in Campusnähe.



Bei dem Besuch in der HAWK ging es insbesondere um weitere Millioneninvestitionen des Landes in den Hochschulstandort Holzminden und die

Studiengänge der Sozialen Arbeit. Die Kosten liegen zwischen sechs und acht Millionen Euro. Mit einem Baubeginn rechnet HAWK-Präsident Dr. Marc Hudy nicht vor 2021. Somit sind mindestens fünf Jahre bis zum Bezug der neuen Heimat für die Soziale Arbeit in Holzminden zu überbrücken. Dafür müssen neue Alternativquartiere her. Im zweiten Quartal 2019 sollen die Mittel für Neubau oder Sanierung angemeldet werden, die Übergangslösung könnte ab Herbst in die Umsetzung gehen.

Bei einem Gespräch mit rund 20 geladenen Vertretern der Finanzwirtschaft, der Industrie und des Mittelstands der Region im Weser-Hotel zieht Finanzminister Hilbers eine positive Bilanz der bisherigen Arbeit der Landesregierung und betont noch einmal die gute Wachstumsdynamik in den Unternehmen, eine niedrige Arbeitslosen- und hohe Beschäftigungsquote sowie die gute Einnahmesituation des Landes. Es müsse sich jetzt vor allem intensiv um eine Stärkung von Wissenschaft und Forschung auch mit Steuermitteln gekümmert werden, so Hilbers. Hochschulen in der Fläche seien nicht nur im Hinblick auf den Wissenstransfer wichtig, sondern strahlen auch in die Region aus. Darüber hinaus wurde noch einmal die Bedeutung der Digitalisierung sowie eines leistungsfähigen Mobilfunk- und Breitbandnetz für Unternehmen betont.

HiBs-Abgeordnete fordern Ampel für Denstorf

Die Querungssituation der B1 ins Denstorf ist der zentrale Punkt der Kleinen Anfrage, welche die CDU-Landtagsabgeordneten Christoph Plett, Oliver Schatta und Frank Oesterhelweg an die Landesregierung gestellt haben. Die B1 in Denstorf dürfte nach der A2 die am meisten befahrene Straße im Landkreis Peine sein. „Pendler, die mit dem Auto über die B1 nach Braunschweig fahren, kennen es zur Genüge: Das tägliche Verkehrschaos, das aufgrund der zunehmenden Verkehrsdichte in Denstorf herrscht. Für die Denstorf-Bewohner ist dies eine besondere Belastung“, erklären die Abgeordneten.



Der Großteil des Dorfes befindet sich südlich der Bundesstraße, die Sportanlagen und die Grundschule Wedtlendstedt, die die Denstorf-Kinder besuchen, liegen nördlich davon. Regelmäßig müssen die Bewohner die viel befahrene Straße

queren, ohne dass eine Ampelanlage vorhanden ist. Gerade für Kinder, die mit dem Fahrrad zur Schule fahren möchten, sei dies immer wieder eine Herausforderung. Hinzu kommt, dass die B1 häufig als Ausweichstrecke von LKW genutzt wird, wenn sich der Verkehr auf der A2 zwischen Peine und Braunschweig staut. Durch größere Neubaugebiete in den Ortschaften Denstorf und Wedtlenstedt hat der Berufsverkehr über die K52 und die B1 stark zugenommen. Dies führt morgens zu einer deutlichen Stauung im Kreuzungsbereich, was eine starke Lärm- und Abgasbelastung der Anwohner zur Folge hat. Die steigende Lärmbelastung sowie das hohe Verkehrsaufkommen führen gerade im Kreuzungsbereich der B1 / K52, Abzweigung nach Wedtlenstedt zu einer erhöhten Unfallgefahr. Deshalb befassen sich die Christdemokraten in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung insbesondere mit der Situation der B1 in Denstorf im Einmündungsbereich mit der Kreisstraße 52 (K52) in Richtung Wedtlenstedt. Die drei Abgeordneten stellen folgende Fragen an die Landesregierung: „Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit sind in Denstorf diskutiert und mit welcher Begründung wieder verworfen worden?“ sowie „Was kann die Landesregierung bzw. das zuständige Straßenbauamt in Wolfenbüttel zur Entschärfung der Situation beitragen?“ „Eine Ampellösung im Kreuzungsbereich

würde zumindest für die Fußgänger und Radfahrer die Situation verbessern“, sind sich die Abgeordneten sicher.

Koch: Geld für ÖPVN-Ausbau kommt auch im Landkreis Helmstedt an



Mit der Genehmigung des ÖPVN-Förderprogramms 2019 fördert das Niedersächsische Verkehrsministerium den Ausbau zahlreicher Nahverkehrsanlagen auch im Landkreis Helmstedt. „Das Geld für den ÖPVN-Ausbau kommt nun im Landkreis Helmstedt an. Mit dieser Unterstützung ermöglichen uns das Land Niedersachsen, unseren Nahverkehr deutlich attraktiver zu gestalten“, sagte die Landtagsabgeordnete Veronika Koch nach der öffentlichen Bekanntgabe durch Verkehrsminister Dr. Bernd Althusmann (CDU).

Konkret bedeutet dies, dass mit einer Förderquote von 75 Prozent die Investitionen in acht Bushaltestellen in Lehre, Velpke und Grasleben bezuschusst werden. Zudem werden die Anschaffungen von drei Omnibussen in Helmstedt und Königslutter bezuschusst. Insgesamt fördert Niedersachsen 292 Einzelprojekte mit rund 96,6 Millionen Euro, was ein neuer Höchststand der Landesförderung bedeutet. Besonders hervorzuheben sei laut Veronika Koch die Aufwertung der Buslinie 380 zwischen Helmstedt und Wolfsburg zur „landesbedeutsamen Buslinie“. Der Start dazu wird durch den Regionalverband Großraum Braunschweig voraussichtlich zur Jahresmitte 2019 gegeben werden.

Runder Tisch zur „Zukunft des Waldes im Harz“



Am 18. Dezember 2018 luden Landtagsvizepräsident Frank Oesterhelweg und Cornelia Ehrhardt, Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes Braunlage,

zu einem runden Tisch zum Thema „Zukunft des Waldes im Harz“ Vertreter aus Politik, Nationalpark, Forst, Tourismus und Handel ins Kurgastzentrum Braunlage ein.

Zu Beginn der Veranstaltung stellte der Leiter des Nationalparks Harz, Andreas Pusch, das Konzept der Philosophie „Natur Natur sein lassen“ vor. Anschließend wurde gemeinsam mit dem Forstamtsleiter Bad Lauterbergs, Stefan Fenner, über die aktuelle Arbeit der Landesforsten in Bezug auf den Borkenkäferbefall und dessen Bekämpfung diskutiert. Wie sich während der Diskussionsrunde herausstellte, sind nicht nur Harz-Besucher bzw. Harz-Urlauber aufgrund des Anblicks des Waldes zunehmend verunsichert, sondern auch Investoren. Zwar habe es laut Jens Lutz, Dehoga Kreisvorsitzender Harz, keinerlei negative Auswirkungen auf Übernachtungszahlen gegeben, allerdings äußere die Bevölkerung ihre Angst, dass der gesamte Wald um sie herum abstirbt. In diesem Zusammenhang berichtete auch Ralph Bogisch, Kreisvorsitzender der CDU Goslar, von den wirtschaftlich negativen Auswirkungen des Borkenkäferbefalls in den Stadforsten der Stadt Goslar. Die angeregte Diskussion wurde schließlich bei einem Besuch auf der Wurmbergkuppe weitergeführt. Umgeben von Schnee und Eis diskutierten die Teilnehmer über die optische Wahrnehmung der Wälder an der B4. Dieser Waldstreifen

zeichnet sich durch extremen Borkenkäferbefall aus.

Zum Schluss der Veranstaltung sind sich die Anwesenden darüber einig, dass eine gemeinsame bessere Informationskommunikation geschaffen werden muss, um Bevölkerung, Mitarbeiter im Tourismus und Gäste umfassender und fundierter zu informieren sowie die Besonderheit des aktuellen Geschehens näher zu bringen. Dabei soll das Alleinstellungsmerkmal des Harzes mit seiner Vielzahl von unterschiedlichen Waldformen im Vordergrund stehen.

Antwort auf Kleine Anfrage zum Thema „Schreiben nach Gehör“

Die sechs CDU-Landtagsabgeordneten aus der Hildesheimer und Braunschweiger Region wollen in den Grundschulen das sogenannte Schreiben nach Gehör („Lesen durch Schreiben“) abschaffen. Eine Bonner Studie kam im September zu der Erkenntnis, dass nach der Gehör-Methode unterrichtete Kinder „55 Prozent mehr Rechtschreibfehler machten als Kinder, die mit der Rechtschreibfibel schreiben lernten“. Eine entsprechende Anfrage haben Thomas Ehbrecht, Veronika Koch, Frank Oesterhelweg, Christoph Plett, Laura Rebuschat und Oliver Schatta im Dezember 2018 an die Landesregierung gestellt. Sie fordern, dass Grundschüler künftig wieder von der

ersten Klasse an korrekt nach Regeln schreiben lernen müssen.



In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage erklärt die Landesregierung, dass sich die Methode „Schreiben nach Gehör“ bzw. „Lesen durch Schreiben“ an der alphabetischen Strategie orientiere, welche die Grundlage des Schriftsprachenerwerbs darstelle. Die Kinder schreiben laut Landesregierung nicht nach Gehör, sondern orientieren sich beim Schreiben am Sprechen. Dazu benutzen sie eine Anluttabelle, die nur ein Hilfsmittel im Unterricht darstelle. Vor diesem Hintergrund bauen die Schulen einzelne Elemente dieser sogenannten Methode zur Unterstützung in den Unterricht ein. In der Praxis sehe es so aus, dass viele Lehrkräfte verschiedene Methoden kombinieren. Die „reine Lehre“ der Methode „Schreiben nach Gehör“ wende nach Einschätzung des Kultusministeriums in Niedersachsen fast keine Schule an. Bezüglich der Bewertung der Ergebnisse der Bonner

Studie lässt die Landesregierung verlauten, dass das Untersuchungsdesign der noch nicht veröffentlichten Studie nicht bekannt sei. So würden wichtige konkrete Angaben fehlen, wie beispielsweise zu den Vorerfahrungen der SchülerInnen oder zum Kompetenzstand der unterrichtenden Lehrkräfte. Zudem sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar, ob die Studie für den Schreibunterricht überhaupt bundesweit repräsentativ ist.

Ebenso zu beachten sei, dass es keine „Fibelmethode“ gibt, sondern ein breites Spektrum didaktisch-methodisch unterschiedlicher Lehrgänge. Des Weiteren hält die Landesregierung die Forderung nach Abschaffung der Methode „Lesen durch Schreiben“ aktuell als nicht angebracht sowie auf Grundlage der Bestimmungen des Niedersächsischen Schulgesetzes schwer umsetzbar. Zu diesem Ergebnis kam die Landesregierung nach einer kurzfristigen Abfrage des Kulturministeriums unter den Grundschulen, welche ergab, dass in Niedersachsen in mindestens 90 Prozent der Grundschulen beim Rechtschreiblernen ein fibelbasierter Lehrgang zum Einsatz kommt. Darüber hinaus würden die Lehrkräfte noch weitere, vielfältige Materialien zum Einsatz bringen. Auf die Frage, inwieweit es die Landesregierung für sinnvoll hält, eine Empfehlung an die Grundschulen auszusprechen, welche Lernmethode sie zur Vermittlung der Rechtschreibkenntnisse priorisiert

einsetzen sollten, antwortet diese, dass seitens des Kultusministeriums keine konkrete Empfehlung zu Methoden zur Vermittlung der Rechtschreibfertigkeiten geplant seien. Denn laut des Niedersächsischen Schulgesetzes besitzen die Schulen in Bezug auf Planung, Durchführung und Auswertung des Unterrichts Eigenverantwortung und verfügen somit über erhebliche Freiräume bei der Gestaltung des Unterrichts.

Schülerpraktikantin begleitet Oliver Schatta



Drei Wochen lang begleitete Julia Swiatkowski den Landtagsgeordneten Oliver Schatta und gewann Einblicke in seine tägliche Arbeit, welche viele verschiedene Themengebiete umfasst. Als Abgeordneter muss er sich nicht nur mit den Themen in seinem Wahlkreis bestens auskennen,

sondern er muss auch die politische Agenda in den Landtagsausschüssen beherrschen. Julia Swiatkowski begleitete Oliver Schatta zu verschiedenen Terminen. Darunter befanden sich öffentliche Ausschusssitzungen, diverse Bürgergespräche, lokale Veranstaltungen von Vereinen und eine Podiumsdiskussion in Braunlage, bei der Oliver Schatta als Landtagsabgeordneter mit den Menschen über das Thema „Verkehr in Braunlage“ sprach. Im Rahmen der feierlichen Verabschiedung des Generalstaatsanwaltes in Braunschweig, durfte Julia Swiatkowski sogar die niedersächsische Justizministerin kennenlernen. Zwischen den Terminen arbeitete sie im Wahlkreisbüro mit. Das Highlight des dreiwöchigen Praktikums war das Januar-Plenum, bei dem Julia von der Besucher-Tribüne aus alle Abgeordneten bestens im Blick hatte und den spannenden Landtags-Debatten folgen konnte.

Aktuelles aus dem Januar-Plenum

„Gesundes und bewusstes Essen dürfen für unsere Kinder und Erwachsene keine Fremdworte sein“

Wenn es um gesunde Ernährung geht, fehlen in unserer Gesellschaft leider vielfach Alltagskompetenzen. Das Schlimme daran ist, dass die Nachkommen kaum eine Chance haben, das notwendige Wissen darüber zu erwerben. Deshalb wies

die Helmstedter CDU-Landtagsabgeordnete, Veronika Koch, in der Debatte um gesundes und bewusstes Essen darauf hin, dass der CDU und der zuständigen Verbraucherschutzministerin, Barbara Otte-Kinast, eine gesunde Ernährung am Herzen liegen. „Wir wollen, dass die Menschen gesunde Lebensmittel und deren Verarbeitung kennenlernen. Ebenso die Wertschätzung der Lebensmittel und der damit verbundenen Berufsbilder der Haus- und Landwirtschaft“.



Dies wird mit dem Zentrum für Ernährung und Hauswirtschaft in Niedersachsen (ZEHN) erreicht. Mit dem ZEHN will die CDU den bestehenden Defiziten entgegenwirken und präventiv Einfluss nehmen, damit die nachfolgenden Generationen künftig nachhaltig gesünder leben, weniger Lebensmittel auf dem Müll landen und die Landwirte sowie Hauswirtschaftler wieder den Respekt erfahren, der ihnen zusteht.

Terminvorschau – eine Auswahl

Mi 30.01.2019 | 18:30 | Königslutter | Veronika Koch

Infoabend zum Thema „Sportstätten-Sanierung in Niedersachsen und im Landkreis Helmstedt – welche Fördermöglichkeiten gibt es?“ mit Sebastian Lechner, MdL im Hotel Kärtner Stub'n Königslutter. Anmeldung bis zum 25.01.19 unter buero@veronika-koch.de oder 05351 424619

Mi 30.01.2019 | 19:00 | Holzminden | Uwe Schünemann

Landtagsstammtisch in der Brauerei Allersheim in Holzminden

Fr 01.02.2019 | 12:30 | Schladen | Frank Oesterhelweg

Fachforum im Rahmen des 4. Schladener Bientages: „Ertragszuwachs und –sicherung durch Bienen“ im großen Sitzungssaal der Verwaltung der Gemeinde Schladen-Werla, Am Weinberg 9, 38315 Schladen

Fr 01.02.2019 | 15:00 | Schladen | Frank Oesterhelweg

4. Schladener Bientag: „Die Bedeutung von Bienen und anderen Insekten in Landwirtschaft, Garten und Natur“, Dorfgemeinschaftshaus Schladen, Am Weinberg 6, 38315 Schladen, Anmeldung bis zum 24.01.19 via E-Mail an ute.krabbe@schladen.de

Mo 04.02.2019 | 18:30 | Peine | Christoph Plett

Forum Peine - „Zukunft der Pflegekammer“ und „Zukunft der Pflege“ mit Fr. Sandra Mehmecke, Präsidentin der Pflegekammer Niedersachsen, als Gast. Anmeldung unbedingt erforderlich beim CDU Kreisverband Peine via E-Mail an info@cdu-peine.de

Mi 06.02.2019 | 17:00 | Hildesheim | Laura Rebuschat

Eltern-Forum mit Mareike Wulf in Hildesheim in der Kita St. Altfrid. Anmeldung via E-Mail an mail@laura-rebuschat.de

Fr 08.02.2019 | 19:00 | Krebeck | Thomas Ehbrecht

Schlachteessen des SVG Gieboldehausen mit dem Gastredner Prof. Dr. Andreas Schaper von der Uni Göttingen im Dorfgemeinschaftshaus in Krebeck

Mo 18.02.19 | 15:00 | Braunschweig | Oliver Schatta

Bürgersprechstunde, Wahlkreisbüro, Gieselerwall 2, 38100 Braunschweig. Anmeldung unter buero@oliver-schatta.de oder 0531 31704678

HiBs im Niedersächsischen Landtag

Impressum

HiBs-Team im Niedersächsischen Landtag
c/o Veronika Koch
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Amelie Sander
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: 0511 3030-3215
Mail: hibs@outlook.de

Die Abgeordneten des HiBs-Teams:

Thomas Ehbrecht
Veronika Koch
Frank Oesterhelweg
Christoph Plett
Laura Rebuschat
Oliver Schatta
Uwe Schünemann